

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff
und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amtsblatt



Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff
Forstrentamt zu Tharandt.

für die **Königliche Amtshauptmannschaft Meissen**, für das
sowie für das **Königliche**

Verantwortlicher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Postfach-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Nr. 133.

Dienstag den 11. Juni 1918

77. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich auf der 4. Seite.

Das neue Reichstags-Präsidium.

Ein gutes Werk.

In der Hauptstadt der neutralen Niederlande sind Vertreter der deutschen und der englischen Regierung zusammengekommen, um sich der beiderseitigen Gefangenen anzunehmen. Man hatte in London erstaus aufgeschoben, als die Bestimmungen des deutsch-französischen, am 16. Mai in Kraft getretenen Austauschabkommens bekannt wurden. Dieselben Franzosen, die sich im vorigen Sommer entschieden geweigert hatten, mit deutschen Delegierten unmittelbar zu verhandeln, sondern nur auf dem Umweg über schweizerische Zwischenpersonen sich überhaupt auf einen Gedankenaustausch über Gefangenensorgen einzulassen, sie waren wie umgewandelt, als diese törichte Scheu unter dem wachsenden Druck ihrer eigenen öffentlichen Meinung endlich überwunden wurde. In Bern erwies sie sich als ganz zugängliche Leute, und so kam schließlich das große Nebenwerk des Vertrages vom 26. April 1918 zustande, welches ungezählten Tausenden von Kriegsgefangenen und Zivilinternierten die Freiheit wiedergeben wird.

Dieses gute Beispiel hat sofort auch in England die Weisheit in Bewegung gesetzt. Eine Anfrage im Unterhause zwang die Regierung, sich zu den Grundgedanken des deutsch-französischen Abkommens zu bekennen, und im Handumdrehen waren Ort und Zeit für gleichlaufende Verhandlungen mit Deutschland bestimmt und geeignete Vertreter für sie ernannt. An ihrer Spitze der Staatssekretär des Innern, gemäß ein Beweis dafür, daß die britische Regierung dieser Haager Konferenz einige Bedeutung beimisst. Nun wird man sich dort über Austausch, Behandlung, Verpflegung und Beschäftigung der Gefangenen zu einigen suchen, aller Wahrscheinlichkeit nach entsprechend dem deutsch-französischen Muster, dessen Vorliegen den Gang der Beratungen wesentlich vereinfachen und beschleunigen dürfte. In Bern hat man drei Wochen gebraucht, um ein bis in die kleinsten Einzelheiten sorgfältig ausgearbeitetes Abkommen zu vereinbaren; im Haag wird sich die gleiche Arbeit vielleicht in noch kürzerer Zeit fertigstellen lassen.

Wir dürfen sagen, daß es damit, was die deutschen Gefangenen und Internierten in England angeht, auch wirklich sehr dringlich ist. Diese bedauernden Opfer des Krieges waren zu Anfang in den britischen Gefangenen- und Konzentrationslagern recht übel aufgehoben. Dann besserten sich die Verhältnisse einigermaßen, nachdem erst ruhigere Stimmungen in England Platz gegriffen hatten. Aber alle Nachrichten, die wir erhalten, stimmen seit den letzten Monaten darin überein, daß es sowohl mit der Verhandlung wie auch mit der Verpflegung unserer gefangenen Landsleute drüben wieder schlechter und schlechter geworden ist. Mißhandlungen, Mißsichtlosigkeiten ärgster Art scheinen nachgerade Regel geworden zu sein, und was die Verpflegung anbelangt, so läßt sie nach zuverlässigen Zeugnissen, die in großer Zahl zu uns herüber gelangt sind, fast schon alles zu wünschen übrig. Unzureichende Verpflegung hätte diese Zustände keinesfalls noch lange ruhig mitanzusehen können. Sie hat schon wiederholt bewiesen, daß es ihr weder am Willen noch an den geeigneten Mitteln fehlt, um den Geboten der Menschlichkeit auch im Kriege, wenigstens soweit die Behandlung von Nichtkämpfern und Gefangenen in Frage kommt, zu ihrem Rechte zu verhelfen. Sie hätte jetzt auch England gegenüber zweifellos zugreifen können, wenn dieses sich nicht aus eigenem Entschluß zu den Haager Verhandlungen verstanden hätte. So darf man auch von ihnen einen befriedigenden Ausgang erwarten. Es ist ein gutes Werk, das die beiden Regierungen dort in Angriff genommen haben. Die fürchterlichen Leiden des Krieges nach Möglichkeit zu vermeiden, ist eine sittliche Pflicht, die alle für das Schicksal ihrer Völker verantwortlichen Stellen seinen Augenblick vernachlässigen sollten.

Englands brutale Seepolitik.

„Königin Regentes“ ein englisches Minenboot.
Rotterdam, 8. Juni. Nieuwe Rotterdamse Courant meldet, daß die Holvitalkasse vorläufig nicht mehr fahren werden, weil sich herausgestellt hat, daß die Fahrtrinne nicht frei ist. Die Fahrtrinne werden erst wieder aufgenommen, wenn die Fahrtrinne wieder frei ist und wenn sich herausgestellt hat, warum sie es diesmal nicht war.

Die brutale Seepolitik Englands, die nicht nur in der freien Fahrtrinne, sondern auch an Hollands und Schwedens Küste schon Opfer gefordert hat, verhindert jetzt die holländische Regierung, ihre Hospitaltschiffe für den Gefangenenaustausch zur Verfügung zu stellen.

Eine deutsche Erklärung.

Amtlich wird in Berlin mitgeteilt: Laut Nachrichten aus Holland ist der Dampfer „Koningin Regentes“ auf der

Fahrt von England nach Holland auf eine Mine gestauten und gesunken. Der Dampfer gehörte zu den für den Austausch von Kriegsgefangenen und Internierten bestimmten Schiffen, für die auf bestimmten Kurstrecken freie Fahrt im Seegebiet zugesichert ist. Bei dem Unfall, der den Verlust des Dampfers herbeigeführt hat, befanden sich keine Austauschpersonen an Bord. Von deutscher Seite sind auf der zugesicherten freien Fahrstraße keine Minen gelegt.

Bei dieser Gelegenheit sei daran erinnert, daß von den bisher an der holländischen Küste angetriebenen 4478 Minen nicht weniger als 3009 englischen Ursprungs und nur 828 deutsche waren. Nach durchaus zweifelsfreien Feststellungen ist auch die Mine, die dem holländischen Hospitaltschiff den Untergang bereitet hat, von den Engländern gelegt worden, so daß Holland seine „Königin Regentes“ als neues Opfer der rücksichtslosen englischen Kriegsmethoden zu buchen hat.

U-Boot-Röte in Amerika.

Immer neue Verfehlungen.

Die Tätigkeit der deutschen U-Boote in den amerikanischen Gewässern soll vor allem den Amerikanern zeigen, daß wir auch vor ihrer eigenen Tür Krieg zu führen in der Lage sind. Wenn sich bei uns Stimmen erheben wollen, die meinen, daß durch unseren U-Bootangriff die



Kriegslust und die Kriegshurie gesteigert werden würden, so dürfte eine solche Auffassung kaum zutreffend sein. Nach alledem, was man gerade in der letzten Zeit von drüben gehört hat, ist es nicht gut möglich, daß die Seeherei und der Gewissenszwang noch eine Verstärkung erfahren könnten. In einem Lande, in dem ein Gesetz bevorsteht, das jede deutschfreundliche Ausrufung oder jede Ausrufung, die den amerikanischen Sieg beeinträchtigen könnte, mit den schwersten Strafen bedroht, kann von einer Steigerung der Kriegshurie kaum mehr geredet werden. Schwächliche Bedenken gegen unsere Kriegsführung dürften also als gegenstandslos zu betrachten sein.

Neue Verfehlungen vor New York.

Washington, 8. Juni.

Das Schiffahrtsamt der Vereinigten Staaten meldet, daß der englische Dampfer „Harboathar“ (4588 G. Reg. No.) vor dem Hafen von New York torpediert worden und gesunken ist. Die Besatzung ist gerettet.

Englische Blätter bestätigen jetzt, daß insgesamt in den amerikanischen Gewässern 15 Schiffe versenkt worden sind. In der amerikanischen Presse wächst die Erregung und man bemüht sich umsonst, sie durch allerhand Spiegelrechnereien zu verbergen. „New York Times“ schreibt: „Der Krieg steht jetzt vor unseren Türen!“ Man rechnet in den Vereinigten Staaten mit weiteren deutschen Überfällen.

Das Ergebnis unserer Frühjahrsoffensiven.

Oberst Falk bespricht in den „Vossler Nachrichten“ das Schlachtergebnis und sagt, daß wiederum eine englisch-französische Armee von den Deutschen so geschlagen wurde, daß sie als außer Gefecht gesetzt anzusehen ist. Der Verlust, der die Alliierten betrifft, ist unerheblich. Vom 21. März bis 1. Juni verloren die Alliierten im Westen 200 000 Mann an Gefangenen und 2000 Geschütze. Dies bedeutet einen Abgang, der weit über eine halbe Million beträgt. Was die Franzosen an kriegsgewählten Offizieren und Unteroffizieren verloren, können nicht einmal die Engländer, geschweige denn die Amerikaner ersetzen.

Das neue Reichstagspräsidium

Fehrenbach, Dr. Paasche, Dove, Scheidemann.

Die Neuwahl der Präsidenten im Reichstage, die infolge des Ablebens Dr. Raempp's notwendig geworden war, hat das erwartete Ergebnis gehabt. Der Abgeordnete Fehrenbach wurde zum Präsidenten, der Nationalliberale Dr. Paasche und der Fortschrittler Dove wurden zu Vizepräsidenten gewählt, während der sozialdemokratische Abgeordnete Scheidemann neu in das Präsidium gewählt wurde. Der neue Reichstagspräsident Fehrenbach steht im 66. Lebensjahre und wirkt als Rechtsanwalt in Freiburg im Breisgau. Dem Reichstag gehört er als Vertreter des badischen Wahlkreises seit 16 Jahren an. Er hat besonders bei sozialpolitischen Fragen das Wort ergriffen und immer durch die Art seiner Darlegung die Aufmerksamkeit des Hauses gefesselt, zumal er, wie auch seine Antrittsrede als Präsident zeigt, ein gewandter



Reichstagspräsident Fehrenbach.

Sprecher ist, der auch über reiche Löhne des Herzogs verfügt. Seit dem Ausscheiden Spahn's aus dem Reichstage leitete er die Verhandlungen des Hauptauskaufes und hat sich durch maßvolle und allzeit unparteiische Führung das Vertrauen bei allen Parteien erworben. Dieses Vertrauen hat ihn jetzt zur höchsten Würde berufen, die das deutsche Volk zu vergeben hat.

Auch der Abg. Scheidemann, der jetzt zum Vizepräsidenten gewählt worden ist, gehört seit 15 Jahren dem Reichstage an, wo er den Wahlkreis Solingen vertritt. Von Beruf Schriftsteller, gehört der 53jährige dem Vorstand der (alten) sozialdemokratischen Partei an. Auch er ist ein vorzüglicher Redner, den das Haus, auch wenn er abweichende Ansichten entwickelt, gern anhört. — Philipp Scheidemann wäre heute wahrscheinlich, wenn sich die Unabhängigen nicht abgeordnet hätten, als Mitglied der stärksten Partei des Reichstages dessen Präsident geworden. Wenn von verschiedenen Seiten behauptet worden ist, daß der Abgeordnete Scheidemann die Erfüllung gewisser gesellschaftlicher, insbesondere höfischer Pflichten, die dem Reichstagspräsidenten obliegen, häufig abgelehnt habe, so dürfte diese Behauptung den Tatsachen nicht entsprechen, denn die sozialdemokratische Fraktion hat einstimmig beschlossen, daß ein aus ihren Reihen hervorgehobener Vizepräsident sich unbedingt dem Brauche des Reichstages zu fügen habe. Die „Konflikte“, von denen man hier und da spricht, sind also nicht zu fürchten. Das neue Präsidium und nicht zuletzt die würdige Art seiner Wahl wird dem Auslande zeigen, daß die Entschlossenheit des 4. August 1914 noch heute das deutsche Volk besetzt. Und das ist vielleicht das bedeutendste Ergebnis der Neubildung des Präsidiums. — Nachdem Abg. Fehrenbach zum Präsidenten gewählt ist und somit den Vorsitz im Hauptausschuß niedersetzt, geht der Vorsitz nach dem Herkommen an einen Vertreter der stärksten Partei, also an einen Sozialdemokraten über. Wie verkantet, soll der sozialdemokratische Abg. Ebert für diesen Posten vorgeschlagen werden.

Vom Tage.

Im Vielverbanne spielt man wieder einmal mit doppelten Karten. Während der vielgewandte und sehr geschwätige Lord Robert Cecil erklärt, daß England einem Verständigungsfrieden nicht im Wege stehe, warnt der amerikanische Staatssekretär Lansing vor der deutschen Friedensoffensive, die auf verschiedenen Wegen sich an den Verband herandränge. Das biedere England gefüllt sich also wieder einmal in der Rolle des Friedensfreundes und verweist phantastisch auf das böse Amerika und das noch schlimmere Deutschland, die den englischen Friedenwillen nicht zum Durchbruch kommen lassen. Glaubt man denn jenseits des Kanals wirklich, daß wir schon vergessen haben, wie Lord George unser Friedensangebot schändlich und voll Hohn abgewiesen hat? Und im übrigen haben wir augenblicklich wirklich nicht nötig, über einen Verständigungsfrieden zu reden. Der Worte sind genug gewechselt, und man bekommt jetzt Latein zu lehren — deutsche Latein!